

Dienstag, 24. Juni 1930 - 78. Jahrgang Nr. 293

Berliner

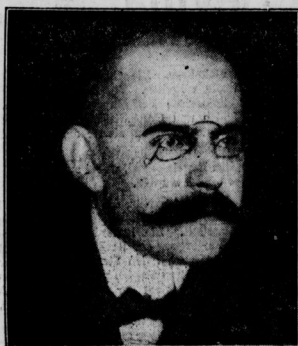
Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 5 Pfennig

Volks-Zeitung

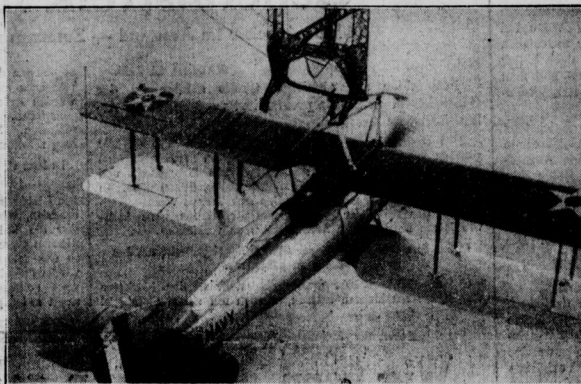
Uneinigkeit im Frick-Kabinett Bluttat in Nowawes

**Einst warst du ein Jüngling
im lockigen Bart**



Heute wird der Urberliner Dichter
Hans Brenner 60 Jahre alt

Luftschiff als Flugzeuglandeplatz



An dem Zeppelin „Los Angeles“ ist ein abwärtsgerichteter Anker-
mast für Aeroplane angebracht worden

**Der Papst
von Oesterreich**



Der Kappist und ausgewiesene General-
stabschef der österreichischen Heim-
wehren Major Pabst

Zum Tode verurteilt!



Der Zahnarzt Dr. Fritz Gutmann hat das letzte Wort — Rechts sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frey

Fällt heute abend die Entscheidung?

Dietrichs Deckungsvorschläge / Die von der Volkspartei ausgehenden neuen Schwierigkeiten

Bei der Erörterung der zur Sanierung der Reichsfinanzen notwendigen Massnahmen zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Wirtschaftsminister Diétrich, der das Reichsfinanzministerium übernommen hat, hat neben der Notwendigkeit stärkerer Ersparnisse im Etat selbstverständlich auch die Steuerfrage eine Rolle gespielt. Es scheint, dass das Notopfer zugunsten einer Kombination zwischen einem allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer und einer besonderen Auflage für die Beamten abgeändert werden soll. Wenn aber auch eine Verständigung zwischen Diétrich und dem Kabinett erfolgt, so ist Brüning damit noch nicht über den Berg. Wie wir bereits mitteilen, macht die Deutsche Volkspartei neue Schwierigkeiten. Die volksparteiliche Reichstagsfraktion besteht darauf, dass ihr Finanzprogramm der Finanzpolitik des Kabinetts Brüning zugrunde gelegt wird. Die Volkspartei verlangt unter allen Umständen Verzicht auf das Notopfer der Festbesoldeten und will Kürzungen am Personaletat nur dann zugestehen, wenn dadurch wirkliche Ersparnisse ohne Schädigung der Wirtschaft zu erzielen sind. Die neue Schwierigkeit besteht darin, dass die Volkspartei ihre Beteiligung an der Regierung von der Zustimmung zu ihrem Programm abhängig

gemacht hat. Während innerhalb des Kabinetts die Aussichten einer Verständigung mit Minister Diétrich günstig beurteilt werden, ist man bezüglich einer Einigung mit der Deutschen Volkspartei nicht so optimistisch. Man nimmt an, dass die Entscheidung in der Kabinettsitzung erfolgen wird, die heute abend stattfindet. Dass das Kabinett entgegen fast allen bisherigen Versicherungen nicht mehr an der Unantastbarkeit der unter dem Finanzminister Moldenhauer gemachten Deckungsvorschläge festhält, geht u. a. auch daraus klar hervor, dass die Regierung den Reichsrat hat wissen lassen, dass sie an einer beschleunigten Beratung der alten Vorlagen durch den Reichsrat kein Interesse hat. Formell zurückgezogen sind die Vorlagen allerdings bisher noch nicht.

Um 11½ Uhr ist die demokratische Reichstagsfraktion zusammengetreten; Minister Diétrich nahm an dieser Sitzung teil. Der Reichskanzler wird im Laufe des Tages den volksparteilichen Führer Scholz empfangen, um mit ihm über die gestern beschlossenen Forderungen der volksparteilichen Reichstagsfraktion zu sprechen.

Diétrichs Finanzprogramm

Die demokratische Reichstagsfraktion, in deren Sitzung gegen Schluss auch der preussische Finanzminister Dr. Höpker Aschoff erschien, verlagte sich ohne Beschlussfassung auf die Abendstunden nach der Kabinettsitzung. Minister Diétrich hat seiner Fraktion seine Pläne auseinandergesetzt, die ausser einem

Zuschlag auf die Einkommensteuer von den höheren Beamten (über 8400 Mark) und der besonderen Steuer für die Beamten unter Freilassung der untersten Klassen und vielleicht unter Stafflung nach oben eine zwischen Reich und Gemeinden zu verteilende Verzehrersteuer Reformen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung

umfassen. Bedenklich erscheint, dass bei der Regierung wiederum der Gedanke eines Ermittlungsprozesses erwohnen wird, bedenklich deshalb, weil im Hintergrund, falls nicht die erforderliche Mehrheit im Reichstag zustandekommt, wieder der Artikel 48 zum Vorschein kommt.

Die demokratische Fraktion hat über ihre Stellungnahme zu diesem Programm noch keinen Beschluss gefasst.

Abfindung?

Soll man rednerische Entgleisungen oder Schiefheiten der Gedankenprägung alzu tragisch nehmen? Wenn bei dieser Hitze einem Parlamentarier die Zunge austritt, ist das so schlimm? Oder soll man vielleicht doch hinter einem solchen rednerischen Unfall mehr suchen, soll man die politische Konstitution des Redners auf Krankheitsherde nachprüfen?

Da hat in der Landwirtschaftsdebatte des Reichstags der Redner der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Schmidt-Köpenick, neben ganz einleuchtenden Aeusserungen zur Agrarnot sich in bezug auf den Osten den Satz geleistet: „Wir bedauern den Verlust von deutschen Gebieten, aber wir müssen uns damit endlich einmal abfinden“. Der starke Männerchor von rechts hustete darauf vernehmlich: „Niemals!“ Diese Niemals kennen wir. Die starken Männer, die auf den Tisch hauen und ein dröhnendes Niemals dreifach in die Gegend schmettern, das sind schon immer unsere Lieblinge gewesen. Das sind dieselben, die im Krieg von der Etappe zur Front hin dröhnten: Durchhalten! und sich die dermassen angestrengte Kehle dabei durch Bierzufuhr reparierten. Also: die Niemals-rufer können uns nicht imponieren. Denn die gewaltige Stimmkraft steht gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zur Willenskraft und zur Tatbereitschaft. Aber deswegen darf doch nicht unterlassen werden, dem peinlichen Erstaunen über die Redeblüte des sozialdemokratischen Sprechers Ausdruck zu geben.

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt in einer Betrachtung über die Ursachen, die zu dem jetzigen Erfolg der Nationalsozialisten geführt haben:

„Die erste und tiefste ist der Ausgang des Krieges, ist das grosse und schwere Unrecht, das der Vertrag von Versailles dem deutschen Volke auferlegt hat. Dass er ein solches Unrecht ist, das wissen wahrlich auch diejenigen Parteien, die seit der Befassung der Politik Deutschlands bestimmt haben. Sie befanden sich aber in dem Nachteil, dass sie sich mit dieser Ueberzeugung und Empfindung nicht begnügen konnten, sondern dass sie diejenige positive Politik machen mussten, die nötig war, um uns über die ungeheuren Gefahren der Zeit hinwegzubringen. Unendlich leichter hatten es diejenigen, die sich damit begnügen konnten, einfach Nein, Nein und Nein zu sagen. Aber gerade diese ansehnend heroische Haltung macht auf Menschen Eindruck, die sich nur von Gefühlen und Stimmungen leiten lassen. Es ist wirklich nur ansehnend eine heroische Haltung, denn die Bemühungen der anderen, positiv zu arbeiten, trotz dem ungenügenden Lichte und trotz den Verdächtigungen und Verleumdungen — diese Bemühungen sind viel heroischer. Aber politische Primitivität sieht das nicht.“

Der Sozialdemokrat Schmidt-Köpenick sollte sich diese Sätze genau durchlesen. Vielleicht käme er dann zur Auffassung, dass er zum mindesten eine sehr unglückliche Formulierung zum Ostproblem gefunden hat. Die über-grosse Mehrheit des Volkes ist mit ihm einig im zähen Verständigungswillen, in der Ablehnung aller Abenteuer-pläne. Aber heisst das etwa, sich abfinden mit notorischem Unsein eines Friedensdiktats, heisst das müde zu verzichten, wo der nationale Selbsterhaltungswille, wo das ursprüngliche Volkgefühl gegen unlegbare Ungerechtigkeit und Unsinnigkeit rebelliert?

Solchen Abfindungsposteln würde die grosse Masse der Wählerschaft eines Tages jede Gefolgschaft verweigern. Denn es ist gerade der Sinn einer Demokratie, dass sie für ihres Volkes Interessen dieselbe Berücksichtigung fordert, wie jedes Volk. Monarchien können kühn handeln über Grundrechte und Lebensinteressen eines Volkes. Demokratien stehen und fallen mit ihnen. Wir wollen positiv arbeiten an der Beseitigung des Grenzrechts im Osten; wir denken gar nicht daran, uns resigniert damit abzufinden.

Schuldenabkommen in Washington unterzeichnet

WASHINGTON, 24. Juni.

Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen ist heute nachmittags im Schatzamt von dem deutschen Botschafter v. Prittwitz und Galfion und dem Schatzsekretär Mellon unterzeichnet worden.

Generalstreik in Sevilla

40 000 Arbeiter im Ausstand — Zusammenstösse mit der Polizei

MADRID, 24. Juni.

Nachrichten aus offizieller Quelle zufolge ist der Generalstreik in Sevilla proklamiert worden; 40 000 Arbeiter sind im Ausstand.

Den unmittelbaren Anlass zum Streik soll das Gericht gegeben haben, dass eine Landarbeiterin, die am vergangenen Freitag bei einem Zusammenstoss zwischen Streikenden und Polizei verletzt worden ist, im Krankenhaus gestorben wäre. In den ersten Morgenstunden sammelten sich Trupps von Streikenden vor den Toren der Fabriken und Werkstätten, um Arbeitswille am Betreten der Arbeitsstätten zu verhindern.

In den Strassen des Zentrums wurden Nägel gestreut, um den Verkehr zu behindern.

Der Strassenbahnverkehr musste eingestellt werden. Mehrere Wagen, die auszufahren suchten, wurden mit einem Steinhagel

empfangen und mussten umkehren. Die Guardia Civil musste mehrmals mit blanker Waffe vorgehen. Verschiedene Arbeiter wurden dabei verletzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Sämtliche Läden und Geschäftshäuser blieben geschlossen. Die Polizeistreikkräfte wurden, als sie eine Ansammlung zerstreuen wollten, angegriffen.

Es kam zu einem lebhaften Kugelwechsel, wobei zwei Kinder verwundet wurden.

Die Bäcker aus der Umgebung von Sevilla, die Brot in die Stadt brachten, wurden von Streikenden überfallen. Am Nachmittag war die Ruhe wiederhergestellt. Die Behörden haben Massnahmen getroffen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu sichern. Der Zivilgouverneur hat den Strassenbahnverkehr wieder aufnehmen lassen. Den Wagen werden polizeiliche Schutzwagen beigegeben werden. Die Zahl der Verhafteten übersteigt zwanzig. Die meisten Streikführer sollen geflüchtet sein.

Wie kann dem Osten geholfen werden?

Der Demokrat Rönneburg im Reichstag über die Osthilfe

Im Reichstag wurde heute ohne Aussprache zunächst ein Nachtrag zur Denkschrift des Rechnungshofes dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Dann wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums fortgesetzt.

Abg. Freyle (Wirtsch.) beklagt, die letzten zollpolitischen Massnahmen hätten bisher noch keine positiven Wirkungen gehabt. Wir müssen das Problem der Getreidekosten anfassend und müssen endlich einmal ganz energisch Stellung nehmen gegen das Trust-, Syndikal- und Konzernsystem mit seiner Preispolitik, die für das Gewerbe und auch für die Landwirtschaft die Getreidekosten so steigert, dass eine Rentabilität ausgeschlossen ist.

Abg. Macho (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie wolle dem kleinen Landwirt im Osten helfen, sie wende sich aber dagegen, dass die Osthilfe zu einer Subventionenpolitik zugunsten der Grossgrundbesitzer gemacht wird.

Abg. Frhr. von Rheinbaben (D. Vp.): Die Not der Wirtschaft des Ostens sei nicht nur eine Not der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie, des Gewerbes und der Gemeinden. In den nothleidenden Gebieten des Ostens sollte man überhaupt von der Einziehung der Industriebelastung absehen.

Abg. Rönneburg (Dem.): Wir begrüssen es, dass das Osthilfegesetz von der Regierung ausdrücklich als Fortsetzung des

Diétrichschen Ostpreussengesetzes bezeichnet worden ist. Die Notlage ist nicht einheitlich.

Die bäuerlichen Betriebe sind gesunder als die Grossbetriebe, die krisenanfällig sind.

Das zeigt sich auch in den Güterpreisen. Grossbetriebe im Krisengebiet finden kaum einen Käufer. Das Abstinken der Bodenpreise ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern ist bedingt durch die schwierige Lage, in die die ostpreussische Wirtschaft durch die Grenzziehung gekommen ist. In manchen Betrieben ist die kritische Lage auch dadurch entstanden, dass der Besitzer nicht den hohen Anforderungen genügt, die heute an den Landwirt gestellt werden müssen. Der Wert von der den Besitzern vielfach überschätzt. Das Kernstück der Hilfe wäre erreicht, sehr vielen ostpreussischen Agrarbetrieben würde dauernd geholfen, wenn ihnen der erste Hypothekarkredit verschafft werden könnte zur Ablösung der hochverzinsten kurzfristigen Kredite.

Der Begriff des Beleihungswertes muss klarer festgesetzt werden.

Die entscheidende Frage ist die Umschuldung. Im Gegensatz zum Abg. Hergt legen wir den grössten Wert auf weitere gute Zusammenarbeit mit der preussischen Verwaltung.

Differenzen im Frick-Kabinett über die Anrufung des Staatsgerichtshofes

WEIMAR, 23. Juni. (W.T.B.)

Nach längerer durch die sächsischen Landtagswahlen verursachten Pause traten heute die Mitglieder der thüringischen Regierung zu einer Kabinettsitzung zusammen, die bis in die späten Abendstunden dauerte. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde die bereits mehrfach angekündigte Klageerhebung vor dem Staatsgerichtshof wegen der Sperrung der Polizeizuschüsse durch das Reichsinnenministerium beraten. Wie verlautet, sollen sich in dieser Frage Differenzen zwischen den Regierungsmitgliedern ergeben haben, deren Beseitigung die heutige Kabinettsitzung diente. Ueber das Ergebnis der Sitzung ist noch nichts bekannt.

Sollte etwa der Finanzminister, der die Folgen der Zuschussperre zuerst zu spüren bekommt, auf eine andere Regelung des Streitfalles hingewirkt haben? Der Staatsgerichtshof arbeitet meistens sehr langsam, und es ist zweifelhaft, ob Thüringen längere Zeit ohne Zuschüsse behelfen kann.

Die versammelte Hamburger Hafenarbeiter. In einer Vertreterversammlung der organisierten Hafenarbeiter von Gross-Hamburg wurde beschlossen, angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage von einer Kündigung des Lohntarifs ab-

zusehen. Dieser Beschluss wurde mit grosser Mehrheit gegen die Stimmen der linksradikalen Vertreter gefasst.

Der Haushaltsausschuss streicht Ersparnisse am Etat des Auswärtigen Amtes

Der Haushaltsausschuss des Reichstags bestätigte heute die bereits vom Unterausschuss vorgenommene Streichung der drei Etatspositionen für die neuen deutschen Botschaften in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago. Die Streichung dieser drei neuen Botschaften geschah gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten.

Gestrichen wurde auch die Etatsstelle für eine deutsche Gesandtschaft in Tirana. Der Ausschuss bewilligte nur für Tirana ein Konsulat. Bei den Verträgen des Reiches im Auslande wurden vom Ausschuss an persönlichen Verwaltungsausgaben rund eine halbe Million Reichsmark gestrichen. An Auslandszügen wurden im Besoldungsplan zunächst rund 2½ Millionen gestrichen. Diese Streichung bedeutet allerdings nicht eine effektive Kürzung aller Besoldungszulagen, sondern sie ist in erster Reihe elastischer Natur. Für einige Generalkonsulate wurden die Bezüge herabgesetzt, wobei jedoch den jetzigen Inhabern die Bezüge verbleiben müssen. Ausserdem verlangte der Ausschuss eine genaue Zusammenstellung der Aufwendungen für die Auslandsbesoldung. Neben sonstigen kleineren Ersparnissen wurden erhebliche Abstriche auch bei dem Fonds für Diäten an kommissarisch beschäftigte Beamte im Auswärtigen Amt gemacht.

Der Schiess-Schupo dienstenthoben

Der skandalöse Vorgang am Hohenzollernkanal / Schwere Anklagen gegen die Beamten Das gummiknüppelnde Ueberfallkommando

Wie berichtet, wurde gestern nachmittag am Hohenzollernkanal in Ploetzensee ein junger Mann, der an verbotener Stelle gebadet hatte, von einem Schupbeamen erschossen. Die sofort eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die bisher vernommenen Zeugen bekunden, dass der Beamte seine Befugnisse überschritten hat. Der Beamte ist einstweilen seines Dienstes entbunden.

Vor einigen Wochen hatte der Polizeipräsident ein Badeverbot für den Hohenzollernkanal erlassen. Anlass hierzu gab eine Beschwerde der Wasserbauverwaltung in der zum Ausdruck gebracht wurde, dass durch das Freibaden schwere Beschädigung der Uferböschungen hervorgerufen würden, die Ausgaben im vergangenen Jahr in Höhe von 200 000 Mark erreicht hätten. Daraufhin wurden die Beamten der zuständigen Polizeireviere angewiesen, das Baden im Hohenzollernkanal zu verbieten. Gestern nachmittag kam nun ein Beamter der Inspektion Reinickendorf mit seinem Fahrrad nach dem Ufer des Hohenzollernkanals zwischen Westhafenstraße und Hinkeldeybrücke, wo mehrere junge Männer badeten. Als sie den

Schutzpolizisten kommen sahen, flüchteten sie nach der Jungferheide. Der 24jährige Arbeiter Lothar Godzikowski aus der Liebigstraße 9 war etwas weit in den Kanal hinausgeschwommen, so dass er beim Eintreffen des Beamten noch im Wasser war. Der Polizist forderte den Badenden auf, sofort aus dem Wasser zu kommen, was dieser nach eigenem Zögern auch tat. Als der Beamte die Feststellung der Personalien des Mannes vornahm, kamen die anderen Badegäste — es soll sich um etwa achtzig Personen gehandelt haben — zurück, die nach Angaben des Beamten eine drohende Haltung gegen ihn einnahmen. Der Polizist schlug zunächst

mit dem Gummiknüppel auf die Menge ein. Die Folge war natürlich eine furchtbare Erregung unter den Leuten, von denen sich einige dann hineinsetzen Hessen, das Fahrrad des Beamten in den Kanal zu werfen. Daraufhin zog der Beamte seine Schusswaffe und forderte nunmehr den Zwangsgestellten auf, mit zur Polizeiwache zu kommen. In dem Augenblick, als Godzikowski seine Sachen holen wollte und sich einige Schritte von dem Polizisten entfernt hatte, gab dieser den tödlichen Schuss auf den Mann ab.

Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos gingen dann die Beamten noch einmal mit dem Gummiknüppel gegen die Leute vor, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Bei seiner heutigen Vernehmung hat der Schiesspolizist zugegeben, dass er zunächst einen Schreckschuss abgeben wollte, unglücklicherweise dabei aber den Arbeiter traf.

Die sofort verfügte einstweilige Dienstenthebung des Schiessschupos beweist, dass man auch „höheren Ortes“ erkannt hat, dass der Beamte seine Befugnisse weit überschritten hat! Nicht geklärt ist in dieser offensichtlich amtlich inspirierten Darstellung des blutigen Vorfalles die für ihre Beurteilung äusserst wichtige Frage, ob der Beamte sofort bei seinem Eintreffen Schiessdröckchen ausgestossen hat und diese von den Bedrohten des unglücklichen Godzikowski gehört worden sind. Hierdurch würde sich die allgemeine Empörung noch mehr rechtfertigen! Der Entschuldigungsversuch des Beamten, dass der verhängnisvolle Schuss ursprünglich „gar nicht so gemeint“ gewesen wäre, bedarf noch sehr der Nachprüfung, wofür ja Augenzeugen des Vorfalles genug zur Verfügung stehen!

„Zeppelin“ Schlesienfahrt

Heute früh mit 40 Passagieren aufgestiegen — Gegen 18 Uhr zurückerwartet Heute 22 Uhr Rückfahrt nach Friedrichshafen

Heute 8 Uhr 5 Minuten ist das Luftschiff „Gra Zeppelin“ zur Fahrt nach Schlesien gestartet. Am Bord befinden sich vierzig Passagiere.

Heute gegen 18 Uhr wird der Zeppelin von seiner Schlesienfahrt zurückkehren; voraussichtlich wird er um 22 Uhr wieder nach Friedrichshafen zurückfliegen.

GÖRLITZ, 24. Juni.

Der „Zeppelin“ wart um 10 Uhr 57 Minuten über dem Flugplatz einen Postack ab.

WALDENBURG, 24. Juni.

Das Luftschiff erschien 12 Uhr 5 Minuten über der Stadt und fuhr in Richtung Ruchlitzstein-Freiburg (Schlesien) weiter.

nach bei Tageslicht am „Zeppelin“ vorbeiziehen könnten, bis 1823 Uhr warten mussten, ehe sie auf das Rollfeld gelassen wurden.

Herr Ekeker dürfte sich mit dieser selbstherrlichen Anordnung, von der weder die Leitung des Staakener Luftschiffhafens noch die Absperr-Schupo Kenntnis hatte, noch manche Sympathien bei den Berlinern verschert haben, denen man vorher immer erzählt hatte, der „Zeppelin“-Flug gelte ausschliesslich dem „Besuch der Reichshauptstadt“.

Die „Southern Cross“ gestartet Zum Ozeanflug

DUBLIN, 24. Juni.

Das Flugzeug „Southern Cross“ ist 4 Uhr 30 Minuten von dem Flugplatz Portmarnock bei Dublin zum Flug nach New-York gestartet.

Das Flugzeug führt genügend Brennstoff für 38 Stunden mit. Man hofft, dass es Kap Raes in 23 Stunden erreichen wird. An seine Besatzung sind vier Mann bestehende Besatzung zur Energie belegte Brote und vier Thermosflaschen mit heissem Kaffee mitgenommen.

Die erste weibliche Gerichtsvorsitzende in Moabit

Zum ersten Male fungierte heute eine weibliche Richter, die Gerichtsassessorin Spitzer als Gerichtsvorsitzende und zwar des Schöffengerichts Charlottenburg. Die junge Dame waltete ihres Amtes mit Würde, Umsicht und grossem Geschick. Es handelte sich um eine Anklage gegen den 22jährigen Volontär Harald P., der beschuldigt wird, Penstionsdiebstähle begangen zu haben. Er ist bereits wegen ähnlicher Diebstähle in Hannover und Hamburg verurteilt worden. Zur Verhandlung sind sechs Zeugen geladen. Unter den beiden Schöffen befand sich auch eine Dame.

Wasser Verbindung Güstrow - Bliwer See - Berlin

In Rostock fand eine Konferenz statt über den Bau eines Schiffahrtskanals auf der Strecke Güstrow-Plauer See. Nach Ausführungen des Baumeisters Eiseler (Berlin), Assistent von Geheimrat de Thierry von der Hohebaue Charlottenburg würde durch den Kanal eine gradlinige Wasser Verbindung von Güstrow nach Berlin ermöglicht werden. Die Baukosten des Kanals sollen sich auf 17 Millionen belaufen.

Polarschiff gesunken

OSLO, 24. Juni.

Das norwegische Polarschiff „William Booth“ ist ungefahr 2500 Meilen von Grönland entkernt im Eismeer gesunken. Die Besatzung von 14 Mann ist ungetonnen.

Der Vergnügungsverein. Eine Messerstecherei fand in der Dragonerstrasse statt. Ein Mann wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht. Der Täter ist unerkannt entkommen. Es soll sich um Mitglieder eines Vergnügungsvereins handeln, die in Streit gerieten.

Raubmörder Axelsen entwichen. Der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Raubmörder Axelsen ist zusammen mit einem Mitgefangenen aus dem Lindeburger Gefängnis entwichen. Axelsen, Händler niedergeschlagen und beraubt. Er wurde deswegen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Es gelang ihm aber, zu entfliehen und nach Deutschland zu kommen.

Wer ist der Tote? In der Fürstenerwälder Forst wurde die stark verweste Leiche eines Mannes gefunden, der seinem Leben durch einen Revolvererschuss ein Ende gemacht hatte. Der Tote ist etwa 1,65 Meter gross, hat dunkelblondes Haar und trug braunen Hut mit schwarzem Band und innen dem Buchstaben F.

Ein Zettel weist zwei Adressen, in der Attilastrasse in Tempelhof und am Priesterweg in Mariendorf, auf.

Mit dem Hammer erschlagen

Eine schwere Bluttat wurde heute vormittag im Hause Bismarckstrasse 3 in Nowawes entdeckt. Dort wohnt der 68jährige Schuhmacher Hermann Hagen mit seiner 71jährigen Ehefrau. Hagen hatte sich in letzter Zeit dem Trunk ergeben, und oft hörte man Schreie und Skandal aus der Wohnung. Heute gegen zehn Uhr erschien Hagen bei der Kriminalpolizei in Nowawes und meldete, dass er seine Frau im Streit mit einem Schusterhammer erschlagen habe. Frau Hagen, die nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde in das Nowaweser Krankenhaus gebracht.

Revision im Gutmann-Prozess

Gegen das Todesurteil, das das Schwurgericht Prenzlau über den Mord an seiner Ehefrau angeklagten Zahnarzt Gutmann gefällt hat, hat, wie wir erfahren, Rechtsanwalt Dr. Frey die Revision beim Reichsgericht beantragt. Der Verteidiger stützt das Revisionsbegehren darauf, dass das Gericht, wie aus der mündlichen Urteilsbegründung hervorgehe, die Beweisaufnahme, insbesondere die Gutachten der Sachverständigen bei der Urteilsfindung nicht genügend berücksichtigt habe. Mit keinem Wort habe der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Achilles, die Frage berührt, ob der Angeklagte sich zur Zeit der Tat in einem Affekt befand, oder ob im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war.

Kauf- und Deckungsneigung

Die Berliner Börse bot heute ein wesentlich anderes Bild als in der letzten Zeit. Schen zu Beginn des Verkehrs machte sich allgemeine Kauf- und Deckungsneigung bemerkbar, und das Geschäft war verhältnismässig lebhaft.

Auf Zeit	Einheitskurse	Wert	hant.	Verf.	hant.	Verf.	hant.	Verf.	hant.	Verf.
100/100	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50

Peri.	Einheitskurse	Wert	hant.	Verf.	hant.	Verf.	hant.	Verf.	hant.	Verf.
100/100	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50

Bankkonto	Gold	Deut.	Bankkonto	Gold	Deut.
100/100	112,50	112,50	100/100	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50	100/100	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50	100/100	112,50	112,50



Wetterausicht für morgen in Berlin und Umgegend. Kälter: meist wolbig, jedoch zeitweise anheiternd; Neigung zu lokalen Gewitterausbrüchen. (Grafische Wetterdienststelle Berlin. Sachdruck verboten)

Einheitskurse	Reichsd.	14,4
100/100	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50
100/100	112,50	112,50

Zufuhr in Schlachtwirtschaft normal	Preis
100/100	112,50
100/100	112,50
100/100	112,50

Preisliste	Preis
100/100	112,50
100/100	112,50
100/100	112,50

